

"Wird die Erweiterung der EWG beschleunigt?" in Le Soir (8. Dezember 1992)

Legende: Am 8. Dezember 1992 kommentiert die belgische Tageszeitung Le Soir das negative Ergebnis des Schweizer Referendums zur Ratifizierung des Übereinkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und fragt nach den Erfolgchancen des EWR insbesondere angesichts des laufenden Erweiterungsprozesses der Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: Le Soir. 08.12.1992, n° 286; 106e année. Bruxelles. "L'élargissement de la CEE accéléré?", auteur:Riche, André , p. 6.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/wird_die_erweiterung_der_ewg_beschleunigt_in_le_soir_8_dezember_1992-de-dbf9f8d5-db23-44c2-9396-6e91df37155f.html



Publication date: 05/07/2016

Wird die Erweiterung der EWG beschleunigt?

Nach dem „Nein“ leckt die Schweiz ihre Wunden. Und die zwölf Mitgliedstaaten überdenken die Erweiterung.

Was nützt es, den Weg zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) weiter zu verfolgen? Die Frage ist gestern zwar nicht offen von den Außenministern der zwölf Mitgliedstaaten in Brüssel gestellt worden, sie tauchte jedoch in gewissen inoffiziellen Kommentaren auf. Obwohl Willy Claes *den allgemeinen Willen, dieses Abkommen umzusetzen*, bekräftigte ...

Im Lager der EFTA-Staaten will man den Europäischen Wirtschaftsraum retten. Das Nein der Schweizer macht jedoch die Wiederaufnahme von Verhandlungen über gewisse Bestimmungen und neue Ratifizierungen notwendig. Norwegen, Schweden, Finnland und Österreich hatten schon ratifiziert. Sie werden von neuem beginnen müssen. Es bleiben Island und Liechtenstein; das Fürstentum wird nächsten Sonntag ebenfalls ein Referendum durchführen müssen, für das bereits ein negatives Ergebnis vorausgesagt wird. Von den zwölf Mitgliedstaaten hatte nur Irland die Ratifizierung durchgeführt. In Belgien sollte das Parlament dies heute noch angehen.

Im Bereich der EFTA müssen sich gewisse Partnerländer der Schweiz noch mit einem bitteren Nachgeschmack an die oft durch die Forderungen aus Bern kompliziert gestalteten Verhandlungsmarathons erinnern. Schweden und Österreich im Besonderen begriffen den Europäischen Wirtschaftsraum lediglich als eine Übergangsphase zu einem Beitritt, den sie bereits offiziell beantragt hatten. Ihre Forderungen waren also gemäßigt. Die Schweiz dagegen war noch nicht Beitrittskandidat und wünschte einen zufriedenstellenden Vertrag, selbst wenn er sehr hart erkämpft werden sollte.

Mehrere Staaten der EWG, vor allem die armen Länder Südeuropas, brachten gestern vor, dass einige Teile des Vertrags nach dem Austreten der Schweiz erneut überprüft werden müssten. *Das Gleichgewicht des Vertrags ist gestört*, hörte man von spanischer Seite. Die Portugiesen wiesen darauf hin, dass es für die Arbeitskräfte aus den zwölf Mitgliedstaaten unmöglich sei, auf den Schweizer Arbeitsmarkt zu kommen. Andererseits sollten die EFTA-Staaten zu einem Fonds für die benachteiligten Länder im Süden der EWG beitragen: Die Verteilung der Beitragsanteile wird ebenfalls überprüft werden müssen. Schließlich waren den südlichen Ländern Sondergenehmigungen im Bereich der Landwirtschaft erteilt worden, um ihnen einen freieren Export auf den Markt der EFTA-Zone zu ermöglichen: eine Bestimmung, die ebenfalls überdacht werden sollte.

Angesichts der Verzögerung, zu der es durch die erneute Verhandlung kommen wird – schätzungsweise zwischen einem halben und einem Jahr – fragten sich gestern einige Diplomaten der Gemeinschaft, ob das EWR-Abkommen noch eine Existenzberechtigung behält. Um so mehr, als fünf der sieben EFTA-Staaten offizielle Beitrittskandidaten sind und diese Erweiterung beschleunigt werden könnte. Vergangene Woche haben Helmut Kohl und François Mitterand das Ende der Verhandlungen über die Erweiterung auf Ende 1993 festgelegt ...

Bleibt zu sagen, dass die Wiederaufnahme dieser Verhandlungen an zwei Bedingungen geknüpft ist: die Ratifizierung von Maastricht durch die zwölf Mitgliedstaaten und die Vereinbarung über die finanzielle Vorausschau der EWG (Delors-Paket). Gestern haben die Außenminister nichts an diesen Bedingungen geändert. Der Gipfel der Staatschefs allein ist berechtigt, diese zu verändern. Wenn die Doktrin geändert werden soll, dann wohl in Edinburgh am Ende dieser Woche. Das hat die Außenminister gestern nicht daran gehindert, sich mit den technischen Modalitäten zu beschäftigen, die den Rahmen für die Verhandlungen über die Erweiterung bilden werden. Und durchblicken zu lassen, dass die Beitrittsverhandlungen mit Schweden, Österreich und Finnland bald eröffnet werden könnten.

Das am 24. November von Norwegen eingereichte Beitrittsgesuch wird wohl einer mehrere Monate dauernden Prüfung durch die Kommission unterzogen werden, bevor es in Betracht gezogen wird.

André Riche